

Dafür und dagegen : braucht die Schweiz einheitliche und höhere Kinderzulagen?

Autor(en): **Flügel, Martin / Schuppisser, Hans Rudolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **80 (2002)**

Heft 3

PDF erstellt am: **11.08.2024**

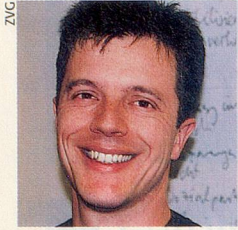
Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-723093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



DAFÜR: MARTIN FLÜGEL
Dr. phil., Leiter Sozialpolitik, Christlichnationaler
Gewerkschaftsbund der Schweiz (CNG)

Kinder sind unsere Zukunft. Sie allein geben der Gesellschaft eine langfristige Perspektive. Zudem sichern die heutigen Kinder den zukünftigen Wohlstand und die Aufrechterhaltung der guten Altersvorsorge. Kinder sind deshalb nicht einfach Privatsache, sondern ein wichtiger Teil des Generationenvertrags.

Ganz im Widerspruch zu ihrer grossen gesellschaftlichen Bedeutung sind Kinder heute für die Familien ein Armutsrisiko. Fast 250 000 Kinder leben in der Schweiz offiziell in Armut. Ein Drittel der Familien mit Kindern sind armutsgefährdet. Das Armutsrisiko für Familien mit Kindern ist mindestens doppelt so hoch als bei Paaren ohne Kinder.

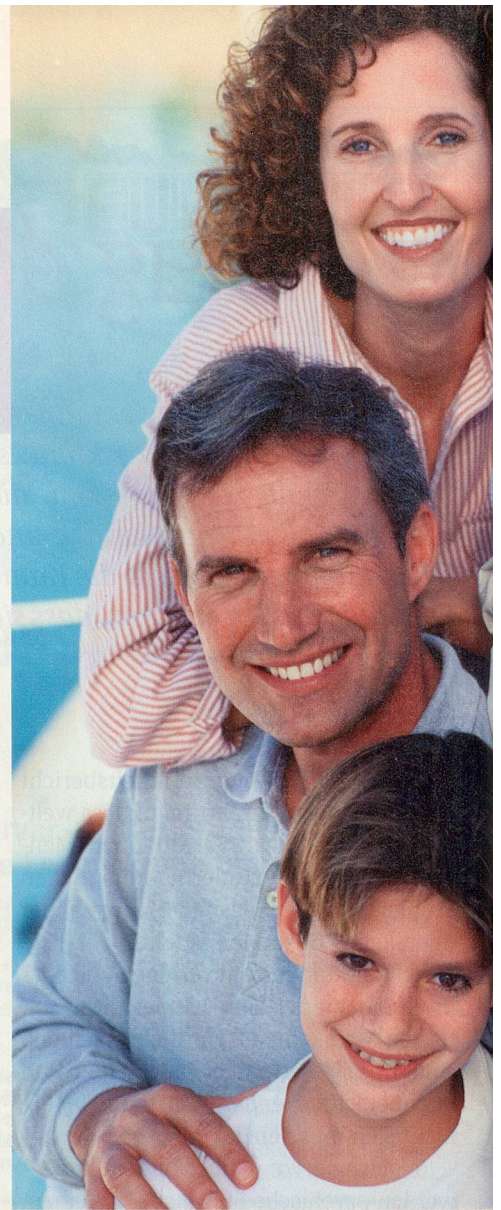
Einheitliche und höhere Kinderzulagen sind ein gutes Mittel, um die Leistungen der Familien anzuerkennen und ihre finanzielle Lage zu verbessern. Mit der Volksinitiative «Für faire Kinderzulagen» will der Christlichnationale Gewerkschaftsbund der Schweiz (CNG) deshalb ein Zeichen setzen für die Familien.

Die Gründe für die finanziellen Schwierigkeiten der Familien sind vielfältig. Einerseits wurden die Familien in den letzten zehn Jahren von den stagnierenden Löhnen und den steigenden Krankenkassenprämien besonders hart getroffen. Andererseits bedeuten Kinder für die Familie auch Ausgaben. Essen, Kleider, Möbel, eine grössere Wohnung, Auto, Versicherungen, Ausbildung etc. sind nicht gratis und bringen viele Familienbudgets aus dem Gleichgewicht. Höhere Kinderzulagen bringen hier eine spürbare Entlastung.

Aber auch wegen der kantonalen Unterschiede und Lücken bieten die heutigen Kinderzulagen den Familien nicht die nötige Unterstützung. Je nach Kanton betragen die Kinderzulagen zwischen 140 und 444 Franken pro Monat. Diese Unterschiede sind völlig unbegründet, denn der Wert eines Kindes ändert nicht an der Kantonsgrenze. Fast 300 000 Kinder erhalten zudem keine volle Kinderzulage, weil diese oft nur an Angestellte mit vollem Arbeitspensum ausbezahlt wird. Teilzeitangestellte, Selbstständigerwerbende und Erwerbslose sind benachteiligt. Diese Lücken sind stossend. Eine Vereinheitlichung der Kinderzulagen kann hier Abhilfe schaffen.

Das Loch in der Kasse trifft die Familien hart und bleibt nicht ohne Folgen für die Gesellschaft. Mitmachen in Vereinen ist unerschwinglich. Schulausflüge werden zum finanziellen Problem. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind eingeschränkt. Die Chancengleichheit ist nicht mehr gewährleistet. Die längerfristigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen sind unabsehbar. Um keine negativen Überraschungen zu erleben, müssen wir heute zu den Kindern Sorge tragen. Einheitliche und höhere Kinderzulagen sind deshalb eine sinnvolle und nötige Investition in die Zukunft.

Trügt die Idylle?
Werden Kinder
bald zum Luxus?



Braucht die Schweiz einheitliche und höhere Kinderzulagen?



PHOTODISC

ZVG



DAGEGEN: HANS RUDOLF SCHUPPISSER
 Dr. oec. publ., Vizedirektor Schweizerischer
 Arbeitgeberverband (SAV)

Kinder sind teuer. Immer mehr Eltern können nicht mehr allein für ihre Kinder aufkommen. Insbesondere für Familien mit knappen finanziellen Mitteln hängt viel von ausreichenden Kinderzulagen ab. Eine Initiative verlangt, diese zu vereinheitlichen und zu erhöhen. Wie soll die Schweiz das Problem der Familien- und Kinderarmut lösen?

Die Schweiz braucht weder höhere, noch will sie einheitliche Kinderzulagen. Warum? Dafür gibt es mindestens zwei Gründe. Erstens sind die heutigen Kinderzulagen eine Sozialkomponente des Lohnes. Mit den Kinderzulagen allein lässt sich das Problem der Familien- und Kinderarmut nicht lösen.

Zweitens wollen die Kantone laut ihren Vernehmlassungen nicht auf das Recht zur unterschiedlichen Ausgestaltung der Kinderzulagen verzichten. Es bestehen in den Kantonen – je nach den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten – im Bildungswesen (Stipendien) und bei den Steuern unterschiedliche Voraussetzungen.

Trotzdem ist es nicht erstaunlich, dass immer wieder – und zur Zeit gehäuft – höhere und zudem Bundes-Kinderzulagen gefordert werden. Die Familienpolitik ist zu einem wichtigen gesellschaftspolitischen Thema geworden. Der beschleunigte gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturwandel wirkt sich zuungunsten der Kernfamilie aus. Die Zahl der Scheidungen hat zu-, die Geburtenhäufigkeit dagegen abgenommen. Die Zahl der Alleinerziehenden ist gestiegen und schlägt sich entsprechend in den Armutsstudien und -statistiken nieder.

Das hat zum Schlagwort «Kinder als Armutsrisiko» geführt. Allerdings gilt es hier, die Proportionen zu wahren. Wir sprechen von einer ganz kleinen Minderheit in einem Hochlohnland mit niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Ansprüchen an den Lebensstandard.

Um das Problem dieser Minderheit zu lösen, braucht es bessere sozialpolitische Instrumente als Kinderzulagen. Diese vermögen den effektiven Bedarf im Einzelfall in der Regel nicht zu decken. Da die Kinderzulagen ausschliesslich von den Arbeitgebern bezahlte Lohnzulagen sind – für die es teilweise kantonale Mindestvorschriften gibt – sind sie für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Firma im selben Kanton gleich.

Angesichts der Bedeutung der Lohngleichheit für Mann und Frau schwindet die Akzeptanz für die Lohndifferenzierung nach familiären Gesichtspunkten. Der gesellschaftliche Ausgleich von Familienlasten müsste, wenn schon, durch die öffentliche Hand erfolgen. Es wäre falsch, wenn sich vor allem die Kantone via Einführung einer mit Lohnprozenten finanzierten «Bundes-Kinderzulage» von dieser Aufgabe entbinden wollten.

Unter Sozialpolitikern besteht ein weitgehender Konsens darüber, dass nicht höhere Kinderzulagen, sondern bedarfsorientierte Familienbeihilfen im Sinne der Ergänzungleistungen der AHV/IV zweckmässiger sind. Zuständig für diese Unterstützungsfunktion sind die Kantone. In letzter Zeit ist zum Beispiel das so genannte «Tessiner Modell» der Familienbeihilfen recht bekannt geworden. An der kantonalen Hoheit soll auch in Zukunft nicht gerüttelt werden.